

# Annaburger Zeitung

## Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachmittags 5 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Forquereir. 8, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anpruch auf Verzögerung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagspreis-Anschlag Nr. 224.

Amthliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für aufgesetzte Buchstaben 7 Goldpfennig, für ausgesetzte in amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtteil 30 Goldpfennig, einleit. Umhängezettel, Schwertzettel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 3 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle

Nr. 15.

Donnerstag, den 5. Februar 1931.

34. Jahrg.

### Deutscher Reichstag.

(16. Sitzung.) OB. Berlin, 3. Februar.  
Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird ein nationalsozialistischer Antrag, den Reichstagsminister um eine genaue Aufstellung über die Verwendung der Mittel für Reichswehr, Reichs- und Republikanische zu ersuchen, gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Reichshaushaltsrechnung für 1932 wird genehmigt.

Es folgt dann die Beratung eines Gesetzentwurfes über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler. Gegenüber dem früheren Entwurf, der von dem deutschen nationalen Abgeordneten Jäger-Gelle gegen den Gesetzentwurf erhoben wird, weil dieser mit einem Nebenrecht zusammenhängt, wird die Beratung abgelehnt.  
Zusammenhang des Entwurfes vernichten würde, verweist der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald darauf, daß die Einschränkung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung einer Forderung entspricht, die der Reichsregierung in dem Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ausgesprochen habe. Entschädigung würden nicht durch Parabolbildung, teils durch die Erlaubnis abgelehnt werden, das Gewerbe nach eine bestimmte Zeit fortzuführen. Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Dann finden Abstimmungen über die Einträge der nationalsozialistischen Abgeordneten K. A. S. und Dr. G. S. gegen die Währungsleistungen.  
Der Reichstag hat dem Reichstag gegenüber in der vorletzten Besprechung ausgesprochen habe. Beide Einträge werden im Sammelbescheid durch eine Mehrheit der Mitte und der Rechten abgelehnt.

### Staatsmacht und Arbeitslöhne.

Der Reichsarbeitsminister zum Lohnabbau.  
Im Reichstag ging es schon etwas temperamentsvoller zu als am Vortage. Zwar nicht die Rechten, wohl aber die Linken haben plaudern aufeinander. Als und zu müde der Lautsprecher eingeschaltet werden, und allmählich begannen auch die Drohungen vom Tisch des Präsidenten herabzurollen. Schließlich sind ja auch Lohnabbau und Arbeitslosigkeit, Schließungen von Betrieben, Arbeitslosigkeit eine Seite von Dingen, die nur den einen Namen haben, daß man sie von keiner Seite her mehr in ein originales Ding stellen kann. Denn man hat alles schon so oft gehört, was jetzt von der Tribüne des Reichstages noch ein paarmal wiederholt wurde. Die bekannte dritte Vorbereitung hat im Arbeitsamt der Arbeitgeber ein grundsätzlich neues Schlichtungsgesetz vorgelegt, und diese Vorbereitung, die man dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen hat, gab für die Rechten der oratorischen Abwehr ab.  
Erst lösten die Kommunisten und die Sozialdemokraten miteinander, dann vereinigen sich die Rechten und die linke Sozialpartei zu einem gemeinsamen Front. Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Minister noch in schärfster Weise den Vorwurf zurück, es sei auf dem Gebiet der Preisbildung nichts geschieden; der Preisabbau erfordere sich nicht nicht bloß auf die Güterzeugung, sondern umfasse auch eine ganze Anzahl Dinge des täglichen Lebens.  
Nach der Rede des Ministers gingen die Voten der Disziplin betrieblid höher, denn nun kam die Opposition zum Wort. Bald zeigten diese Voten inwiefern der nun einsetzenden Aufmerksamkeitskräftige Zusammenbau, die das Gerangeln von Stimmen in den nun kommenden Sitzungen anzeigen.

### Sitzungsbericht.

(16. Sitzung.) OB. Berlin, 4. Februar.  
In der Sitzung wurden zunächst kommunisistische Anträge auf Aufhebung der Schlichtungsgesetze, die von dem Reichspräsidenten und sozialdemokratische und kommunistische Interpellationen über die Lohnkürzungssatzung der Reichsregierung beraten. Bei der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten K. A. S. kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen und nationalsozialistischen Zwischenrufen, weil der Redner eine Fortführung der bisherigen Außenpolitik der Verhandlung verlangt. Sehr scharf erklärt sich der Redner gegen den milden Streik, der anlässlich des Lohnabbaus im Ruhrrevier erfolgt sei. Man erregte darauf in längeren Ausführungen der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Inwiefern der Zusammenbau von einem allgemeinen Lohnabbau nicht heranzuführen, wird nicht immer wieder darauf zurückkommen. Denn

der Streik habe in unserer Wirtschaft so große Werte vernichtet, daß sie auch ohne den Lohn-Plan eine schwere Krise durchzumachen hätte.  
Es sei nun unmöglich, in den verschiedenen Industrien und Berufsgruppen durch die Staatsmacht die Löhne auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Denn bei der großen Arbeitslosigkeit zerläufe man dadurch politisch, sozial und moralisch, als man nicht möglich annehmen könne. Daher werde die Staatsmacht in den Lohnkämpfen nur ausgleichend wirken.

Eine Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne würde zu Entlassungen führen und die Lage der Arbeiterklasse infolgedessen nur noch verschlechtern. Zum Schluß bietet der Minister die Anträge wegen der Aufhebung der Schlichtungsgesetze an den zuständigen Ausschuss zu überweisen.  
Nach weiteren persönlichen Auseinandersetzungen, die wieder zu großem Lärm im Saale

führen und ein energieloses Eingehen des Präsidenten veranlassen, wurde die Vorbereitung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.  
Ein Bericht über die Vorbereitung von Preisfestsetzung für die minderbemittelte Bevölkerung wird nach heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialpartei und Mitte vorläufig zurückgestellt.  
Hr. Adena (D. N.) bezeichnet es als einen unerträglichen Zustand, daß die Reichsregierung immer nur mit Notverordnungen arbeiten wolle; das dürfe ganz besonders nicht bei den Lohnfragen geschehen.  
Hr. Ehrig (Nationalist.) wandte sich gegen das Schließen der Schlichtungsgesetze, die jetzt nicht zumunehmen der Arbeitnehmer ausfallen. Durch jährige Zinsen von kommunisistischer Seite gesezt, werden er sich zur Seite und macht die schwere Vorwürfe über das Verhalten ihrer Anhänger bei dem wunden Verarbeitereit.

### Erweiterung der Döhrle?

Nach dem Beginn der Entschädigungssatzung.  
Der Haushaltsauschuss des Reichstages beriet auf Veranlassung einer ersten Rate von 50 Millionen Mark zur Entschädigung der Landwirtschaft gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten bis zur Verlesung des Haushalts der Reichsregierung zurückgestellt, nachdem Reichsminister Treutmann und der Landvolkvertreter dieses als zweckmäßiger bezeichnet hatten.  
In der Gesellschaftsordnungsbekanntmachung Dr. Gerke (Landvolkpartei), die vorliegenden Vorschläge gemeinsam beim Reichsminister zu erörtern, daß begründete Hoffnung darauf bestehe, daß inwieweit durch Maßregeln der Reichsregierung eine viel weitergehende Hilfe für den deutschen Osten gewährt werden könne.

### Einigung über volksparteiliche Forderungen.

Weitere Sitzungen des Haushalts werden ermöglicht.  
Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist in der Vormittagsunterredung zwischen dem Reichsminister und dem volksparteilichen Unterhändler Dingeldey und Dr. Greiner über die volksparteilichen Forderungen zum Reichshaushalt eine Einigung erzielt worden. Danach soll das ersetzte Einvernehmen darauf hinauslaufen, daß dem Reichshaushaltsgesetz ein besonderer Ermächtigungsparagraph hinzugefügt wird. Die Reichsregierung würde hierauf berechtigt sein, an der Ausgabenliste des Haushalts weitere Kürzungen vorzunehmen, wenn die tatsächlichen Einnahmen hinter den Aufwands des Haushalts zurückblieben. Die volksparteiliche Reichsfraktion beschließt sich nach der Vollziehung mit dem Kompromiß.

### Technik, Krieg und Wirtschaft.

(200. Sitzung.) t. Berlin, 3. Februar.  
Der Reichstags Landtag beriet in zweiter Lesung die Haushalte der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Vorkriegsmannschaft.  
Der Ausschuss hat hierzu Vorschläge angenommen, die u. a. einer Gesetzentwurf fordern, wonach die Gemeinden sich künftig den jeder Konkurrenz mit dem freien Handel und Gewerbe, abgesehen von den reinen Versorgungsbetrieben, fernzuhalten haben. Auf die Reichsregierung soll dahin gewirkt werden, daß die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter verboten wird. Ferner setzt sich der Ausschuss für das Zugaberecht und ein Verbot der Schwarzarbeit ein. Bei der Reichsregierung soll auf Einführung der Vorkriegslohnwende und auf ein Verbot nicht zureichend notwendiger Warenhandlungen hingewirkt werden. Im Interesse der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise in ihrer Fortbildung gehemmten Jugend sollen Maßnahmen getroffen werden: Obligatorische Einführung der Berufsausbildung und Vorkriegslohnwende der Jugendlichen

in diese, Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Ausbildung von Jugendlichen in ihrem Beruf über die Schulpflicht hinaus, insbesondere zur Beschaffung oder Entschädigung für Überzahlung von Vorkriegslohn und Materialien, deren zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt wird, Bereitstellung von Mitteln für Vorkriegs, Arbeitsfördermaßnahmen, durch die es ermöglicht werden soll, die Jugendlichen während der Dauer der Erwerbslosigkeit von der Erziehung fernzuhalten und ihre Fortbildung auf beruflichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu gewährleisten. Über die Ausführendenbestimmungen zum Gesetz über die Vorkriegsmannschaft erklärt man, daß der Vorkriegslohnvertrag nach dem Reichsminister Dr. Greiner

führt in seiner Gesamtheit u. a. aus: Der Vorkriegslohnvertrag ist den Notverordnungen entsprechend diesmal mit ganz besonderer Sparamkeit ausgelegt worden. Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise gehört vor allem die Entwertung der Wästel während des Krieges und nach der Kriegszeit. Viele Wästel haben sich im Laufe der Jahre aufgebraut für Artikel, die sie vorher von anderen Ländern, vor allem von Deutschland, bezogen hatten. Inwiefern wird diese Krise durch die auch wirtschaftlich verhängnisvolle Verzögerung nach dem Kriege. Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise gehört aber auch die ungebührlich sich entwickelnde Zersplitterung der Wirtschaft, die die Produktion viel schneller vergrößert, als die Absatzmöglichkeit steigen läßt.

### Preußens Hilfe für den Osten.

(201. Sitzung.) t. Berlin, 4. Februar.  
Der Reichstags Landtag setzte am Mittwoch die gemeinsame Beratung der Haushalte der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Vorkriegsmannschaft fort.  
Hr. Gunt (D. N.) hielt es für bemerkenswert, daß auch diejenigen Staatsminister heute den Lohn-Plan für unüberwindlich halten, die das Volksgesetz in Lebensgefahr bedrohen würden. Handel, Gewerbe und Industrie hätten ein hervorragendes Interesse an der Stärkung des Binnenmarktes und verlangen deshalb die Entwertung der Vorkriegsmark durch Annahme des vorkriegsberühmten Entschädigungssatzung.  
Hr. Meiser (D. N.) legte sich für eine engere Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein. Er forderte Bekämpfung des Hungerlohnes und Befreiung des Zugaberechts für die Arbeiter.  
Hr. Frau Lubowitz (Komm.) behauptete, der deutsche Export sei ein Hungerausfuhr.  
In Vorbereitung einer deutsch-volksparteilichen Grobes Anträge über:

Bahnbauten in den östlichen Grenzgebieten führte Min. Rat Laut aus, daß im Reichstag unter dem Schutz der Wästel zehn Millionen Mark zu Vorarbeiten für Eisenbahnbauten vorgesehen seien. Die Staatsregierung werde sich nach weiteren für bedeutsame Sanierungsarbeiten der Bahnbauten mit Nachdruck entgegen.  
Hr. Heidenreich (D. N.) wünschte intensiver Förderung des Kleinhandels und Kleinrenten und Kleinrenten der Wästel, die den kleinen, aber wichtigen Kleinrenten zum Wirtschaft nicht vermindert sei, weil den Mittelstand erhebliche Schwierigkeiten bereitet würden, während gerade durch Kredite für Großunternehmungen starke Verluste entstehen.  
Die Beratung wurde dann unterbrochen zur Vornahme von Abstimmungen zu den Haushalten der Landwirtschaft, Domänen und Gessellschaftsverwaltung.  
Angekommen wurde ein Antrag der Deutschen Fraktion, der die Mittel für Schulgebäude und Waldverpflanzungen um 50 000 Mark erhöht. Weiter fand das Ausschussprogramm Annahme das Maßnahmen für die Döhrle fordert sowie weitere Entwertung der Wästel, Wästel des Schutzes für landwirtschaftliche Produkte usw. — Beim Domänenhaushalt wurden Anträge angenommen, die in Nothfällen eine Entwertung und Wiedererschlagung der Steuern ermöglichen sollen. Die bei der Stadtbauarbeiten verbleibenden Wästel sollen möglichst in Bauerndomänen umgewandelt werden für Gebäuften und Eisenbahnanlagen sowie für den Bau von gesunden Landarbeiterwohnungen sollen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.  
In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache zur zweiten Beratung des Haushaltsjahres warne

### Preussischer Staatsrat.

Finanzausgleichsgesetz verlängert.  
Der preussische Staatsrat beschloß sich mit dem Gesetzentwurf zur Verlängerung und Änderung des preussischen Ausgabengesetzes zum Finanzausgleichsgesetz. Da in der Vorbereitung des Reichstages vom 1. Dezember 1929 Grundzüge für den endgültigen Finanzausgleich aufgestellt sind, die vom 1. April 1932 ab eine gänzliche Umgestaltung in höhere Ansicht stellen, so kommt für das Rechnungsjahr 1931 eine grundsätzliche Änderung des preussischen Ausgabengesetzes zum Finanzausgleich nicht in Frage. Eine Änderung gegenüber den bisherigen Bestimmungen ist nur insofern vorgesehn, als die Möglichkeit gegeben wird, die Rechnungsanteile solcher Gemeinden zu e-

Daher, die Folge der Währungsänderung der relativen Garantien einerseits einen besonders hohen Verlust an Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer gegenüber einer Verteilung nach den unveränderten reichsgerichtlichen Steuernanteilen erfahren, andererseits mit ihrer Realwertverbelagerung über den Landesdurchschnitt liegen.

Die Vorlage bringt ferner die Eingebiegung der Bürgersteuer in die Anlagen der Freile und Provinzen, da die Gemeindeerlöse bisher neue Hilfsquellen nicht eröffnet worden seien.

Mit Wirkung vom 1. April 1933 soll das Gesetz zur Durchführung der Gemeindebesitzersteuer dahin geändert werden, daß hinsichtlich der Befreiungsfälle über die Einziehung der durch die Neuordnung des Reichsgebietes eröffneten Steuerquellen im Falle eines Verlangens der Gemeindevertretungen der Gemeindevorstand dem Eingreifen der Aufsichtsbehörden vorgehalten werden soll mit dem Ziel, im Interesse des Ansehens der gemeindlichen Selbstverwaltung und ihrer Kreditwürdigkeit ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde auf die Fälle des Verlangens beim Gemeindevorstand zu beschränken.

Der Reichspräsident teilte mit, daß der Ausschuß in dem vorgezeichneten Sinne ein Verlangen der relativen Garantie erfüllt und sich gegen diese Bestimmung ausgesprochen habe, da die Mehrheit der Ansicht war, daß die Gemeinden außerhandelt seien, selbst den Ausgleich herbeizuführen.

Hierfür wies der Ausschuß die Verantwortung auf die längere Ausdehnung der Vorlage den Ausschlußbestimmungen entsprechend an.

Zu: Dr. Schreiber (Freiw. Landtag). Deutschland leide an der finanziellen Verknappung des öffentlichen Kassenarbeits durch die Reparationszahlungen. Unsere Wirtschaftslage werde gekennzeichnet durch 4 1/2 Millionen Arbeitslose, durch Verdoppelung der Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahre und durch Verdoppelung der geschäftlichen Zusammenbrüche gegenüber der Vorjahreszeit.

Wäre man dem Wiederaufbau vermehren, so würde man sicherlich nicht im gleichen Umfange Erzeugung und Umsatz erhöhen, sondern nur die Schäden der Inflation erneut heraufbeschwören.

Keine Ausgabenehmung der preussischen Minister.

Der Unterrichtsminister des Preussischen Landtages zur Nachprüfung enger amtlicher Beamtenschaft der Beamten beim Volksbegehren gegen den Young-Plan hatte das preussische Staatsministerium um Ausgabenehmung für den Ministerpräsidenten Dr. Brüning den Verfassungsrat Dr. Schmidt und den früheren Minister des Innern Grafen Hübner abeten. Das preussische Staatsministerium hat die Genehmigung zur Ansähe nicht erteilt.

Die verteuerten Futtermittel und die Bauernschaft.

Bauern beim Reichslantler. Vertreter der Bauernschaft wurden vom Reichslantler in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die agrarpolitische Lage erfragt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Saarautonomenisten an der Arbeit.

Die Saarautonomenisten sind wieder eifrig an der Arbeit, um noch in letzter Stunde mit allen Mitteln die Saarabstimmung, wenn auch nicht für den Anschluß an Frankreich, so doch für den Gedanken der „Saarautonomie“ zu gewinnen.

Transjordanisches Geld für die Angefallenenversicherung.

Nordamerika.

Keine öffentlichen Gelder für Arbeitslose.

Steuersenkungen unerwünscht.

Erklärt der Reichsfinanzminister. Der Steueraussschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Anträgen zum Mineralwassersteuergesetz, zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer der Konsumvereine und Warenhäuser zur Aufhebung der Körperschaft- und Einkommensteuer auch noch mit Anträgen, die die Offenlegung der Steuerlisten rumsähen.

Ausschuß von insgesamt 5 Millionen Mark bedeuten würden, wovon 2 1/2 Millionen auf das Reich und der Rest auf die Länder und Gemeinden entfällt.

Entsprechend einem Antrag der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde beschlossen, die Beratung des Antrag über die Offenlegung der Steuerlisten bis zur Vorlegung einer Denkschrift auszuweichen und die Abstimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministers zu vertagen.

Erdbebenkatastrophe in Neuseeland.

Wahrscheinlich Hunderte von Todesopfern. Ein schweres Erdbeben kostete die Stadt Napier und andere Orte auf der Nordinsel von Neuseeland ein.

Ein großer Teil von Napier ist völlig zerstört. Fast alle größeren Gebäude wurden zerstört, obwohl sie aus Stein gebaut waren. An vielen Stellen brach Feuer aus. Über die Zahl der Opfer des Erdbebens liegen noch keine bestimmten Nachrichten vor, doch schätzte man, daß 500000 Menschen in der Gegend um Napier, die in den letzten Jahren verloren.

Die Erdbeben waren hier und dort mit Sturzwellen und Erdstößen verbunden. Der Hafen von Napier erlitt so viel Vandalenverwüstungen, daß die Schiffe aus Sicherheitsgründen in See gingen.

Das Erd- und Seebeben von Neuseeland. Noch nichts Gewisses über die Zahl der Opfer. Über die Zahl der Menschenopfer, die das schwere Erdbeben auf Neuseeland gefordert hat, liegen noch keine genauen Berichte vor.

Das Erd- und Seebeben von Neuseeland.

Die Stadt brennt noch an vielen Stellen. Die Feuerzweige ist, da es ihr an Wasser fehlt, dem Brande gegenüber machtlos. Aus dem Cliffs am Hafen schossen die Flammen haushoch auf. Das Geschäftsviertel in der Stadt ist nur noch ein Trümmerhaufen.

Rückentouren haben sich vollständig verändert. Viele der Felsen sind eingestürzt. Das Cap Waihi Hill, das den Eingang zum Hafen markiert, ist im Meer verschwunden.

Erdbeben in Neuseeland.

Apier und Hastings völlig zerstört. Die ersten Mitteilungen aus dem Erdbebengebiet in Neuseeland waren zwar erschreckend — die jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten setzen jedoch, daß die Katastrophe weit größer ist, als man vermutet hätte.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke der Feststellung, wer als Erbsmann in die Gemeindeverwaltung für Herrn Erich Eich, welcher sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt hat, eintritt, ist auf Freitag, den 13. Februar, um 17 Uhr, im großen Sitzungssaale des Rathhauses hiersehbil, Termin angelegt.

Die Tuberkuloseinfunde finden am Sonnabend, den 7. Februar um 18 Uhr an, Markt 23, statt.

Die Fürorgestellte.

Soziales und Provinziales.

Ausrufen der Stationsnamen bei strenger Kälte.

Wenn in den Wintermonaten bei strenger Kälte die Wagenseifen gefroren sind, können die Reisenden schwer erkennen, wo der Zug sich befindet.

Burzien. Eine Sitzung des Gemeindevorstandes und der Kirchenvorstellung unter dem Vorsitz von Warrer Schrod fand im Rathaus Lehmann statt.

Sessen. Hier hat ein lustiger Familienreit stattgefunden. Zwischen Schwiegermutter und Schwiegermutter kam es zum Handgemenge, in dessen Verlauf der Schwiegermutter einen Schuß in die rechte Schulter erhielt.

Schweinitz. Ein millereses Marktgeschäft wies der heutige Schweinemarkt auf, der immerhin einen guten Auftrieb von 244 Ferkeln und 7 Ferkeln feststellen konnte.

Wittenberg. Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Berliner Landstraße.

Vietha, 3. Februar. Die Steingutfabrik Esterwerda hat mit einem kleinen Teil der Belegschaft die Produktion heute wieder aufgenommen.

Senftenberg. Ein schlimmer Unfall ereignete sich am Sonntagmorgen in Senftenberg 2. Drei Schulmädchen betreten einen ungefahrenen Teich, die Eisdecke hielt natürlich nicht und alle drei versanken im Wasser.

Esleben. (Geldstrafverfahren im Amtsgericht.) In der vergangenen Nacht ist versucht worden, den Tresor im hiesigen Amtsgericht aufzubrechen.

Turnen, Spiel und Sport.

Tagung des Schwimmvereins des Kreises IIIc der Deutschen Turnerschaft.

MAGGI Würze hilft in der Küche sparen! Schon wenige Tropfen geben Suppen, Saßen, Gemüsen, Salaten kräftigen Wohlgeschmack.

D. L. an dieser Sitzung nahm auch der Gauschwimmwart des Elbe-Esther-Gaues, Lehrer Scharrnh-Annoburg, welcher Mitglied dieses Ausschusses ist, teil. Fragen grundsätzlicher Art wurden erörtert. So dürfen Jugendliche an den Einzelkämpfen der Turner und Turnerinnen nicht teilnehmen, wenn sie nicht das Anrecht auf Zugehörigkeit zu ihrer Altersstufe verlieren wollen. Bei Verteilung der Siege nach Vereinen ohne Winterbad und mit Winterbad, ist auch die Zugehörigkeit des Wettkämpfers zu seiner Leistungsstufe zu berücksichtigen. Das ist von Bedeutung für das freisportliche Hallenschwimmfest am 22. Februar in Dessau. Lehrgangsarbeit im Kreise nahm einen großen Teil der Besprechungen ein. Voraussetzlich findet vom 9. bis 12. Juli ein Schwimmlahrgang des Kreises statt — der Ort liegt noch nicht fest — zwecks allgemeiner Ausbildung von Schwimmwarten. Es soll auch die Einführung des Kraulens ganz besonders berücksichtigt werden. Durch solche Lehrgänge soll nach und nach auch eine Kreis-Vorwimmerschicht herangebildet werden. Daß auch die Wünsche der Wasserfahrer weitgehend berücksichtigt werden, mag aus einem Antrag hervorgehen, der Erwerb oder Pachtung von geeigneten Stützpunkten (Lager-

plätze und Unterkünfte) seitens des Kreises IIIc befürwortet. Schließlich wurde die Kampfrichterartei durchgesehen und besprochen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über die drei Gaugruppen schwimmen gesprochen. Das eine findet am 28. Juni in Liebenwerda statt. Die Schwimmfestlichkeiten der D.L. die am 22. und 23. August in Halberstadt ausgetragen werden, bildeten einen wichtigen Punkt der Tagesordnung.

### Rino-Schau.

Palast-Theater: „Frau im Mond“. Kosmisches Geschehen, optisch eingezeichnet. . . . Schlucht der Menschheit, seit sie zum erstenmal den Blick von der Erde löste und ihn hinaufhob zu den Gestirnen des Himmels; über die Grenzen des Erdballs hinauszufliegen, neue andere Welten zu erschließen, den Gesang der Sphären zu vernehmen. . . . Der Mond: vertraut und doch immer ein Rätsel. Scheinbar so nah und doch an Schrecknissen reicher als die glühenden Wüsten der Erde, tödlicher als die mordende Eiswelt Tritons. Nähe des Todes wird zur Genugtuung, Gesäße eine Welt, und die Welt kosmischen Grauens. Sammelplatz für die Abenteuer der Menschen — Vier Männer und ein Kind und eine Frau — eine Handvoll Menschen wagen das Abenteuer zur Fahrt nach dem Monde und bringen

zu feinen eisigen Wäldern, feinen wilden Kratern und gespenstigen Maren Fluß und Blick des Erdbodens mit: Gier, Liebe, Haß, Seligkeit und Verdammnis. — Schicksalsgeräth in nie gekanntem Rahmen, im Drehfeld der Zeit ein neues Instrument. Das Lied von Leben und Tod, das Lied von Liebe und Treue, das ist der Ufa-Großfilm: „Frau im Mond“.

Lichtspielhaus (Neu Welt) wartet dieswöchentlich mit einem Doppelspielplan auf, wie er in dieser Zusammenstellung nur selten geboten werden kann. Die Presse schreibt über „Mutter der Liebe“: „Ein großer wohlverdienter Erfolg, denn dieser Film ist feinfühlig und packend. Das dreifache Motiv der Mutter, Weibes- und Mannesliebe hat selten eine so würdige Schilderung erfahren. Greifbar folgt man den Willen den härtesten Entsatzen hinterlassen und häufig von nervenaufregender Dramatik hind. Das Schicksal ereignet in ihrer Verzweiflung als Mutter und überzeugend als leidenschaftlich liebende Frau. — Das alte, liebe Wien mit seinem beschwingten Walzer-Rhythmus erhebt wieder zu neuem Leben in „Die Königin meines Herzens“. Ein Großstück ersten Formats mit ganz vorzüglicher Besetzung. Festspielzeit, Festspieltrübel. Liebe und Intrigen an einem kleinen Hof bilden zur Zeit der Opernbühne aus dem alten Wien köstlichen unverfälschten Humor. Zwei ganz vorzügliche Filmwerke vereinigt in einem Programm, die weit über den heutigen Durchschnitt stehen und auch jeder Geschmacksvorgabe Rechnung tragen.

## Konsum-, Produktiv-, Spar- u. Bau-Verein für Annaburg und Umgegend, e. G. m. b. H.

Zur Aufklärung unserer werten Mitgliedschaft sei folgendes mitgeteilt: Mit dem in Zahlungsschwierigkeiten gekommenen Konsum-Verein Halle und anderen Vereinen, steht unsere Genossenschaft weder in geschäftlichen, noch finanziellen Verbindungen oder Verpflichtungen. Eine Beunruhigung unserer Mitglieder ist gänzlich unbegründet.

Der Vermögensstand unserer Genossenschaft ist aus der seinerzeit veröffentlichten Bilanz zu ersehen.

Unsere Grundstücke sind völlig schuldenfrei und ohne Hypothekenbelastung. Sämtliche vorrätigen Waren sind bezahlt. Die Spareinlagen der Mitglieder sind in voller Höhe bankmäßig angelegt, und zu jeder Zeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Vierteljahre greifbar. Jede gewünschte Auskunft erteilt gern

Die Verwaltung.

Meine **Weißten Wochen**, beginnend **Freitag**, d. 6. Febr., sind eine Gelegenheit, wirklich **gute** Waren enorm **billig** zu erstehen.

In den Abteilungen:

Gardinen, Damen- u. Kinderwäsche, Schürzen, Tischzeuge, Bett- und Küchen-Wäsche, Wäschestoffe jeder Art, sowie sämtliche Aussteuerbedarfsartikel biete ich Ihnen mit sehr **vorteilhaften Angeboten** eine **außerordentlich günst. Kaufgelegenheit!**

Auf sämtliche Waren außer **Bleyle** und **Kurzwaren** **10 Proz. Rabatt!**

Beachten Sie bitte meine **Schaufenster**.

**Carl Quehl**

**Weißte Woche**

### Eine kleine Wohnung

zu vermieten  
Belgefstraße 17

### 2 Zimmer-Wohnung

zu vermieten  
Ernst Voltmann, Schloß

### Kartoffeln und Kunkelrüben

verkauft  
D. Döttger, Labrun.

Einige Fuhrer trodene

### Kiefern-Rollen

in Den Längen hat abzugeben

Wilh. Kunze.

Bestellungen auf

### Britetts und Grudefoks

nimmt ständig entgegen

J. Kählig's Nachf.

Inh.: Martha Müller

Mühlentf. 40

Die moderne

Hausfrau

benutzt nur die

elektrische

Wäscherolle

bei

Louis Hofmann.

Heute und morgen

frische

grüne Seringe

3 Pfund 50 Pf.

J. G. Fritzsche.

Bestellungen auf

Britetts

nimmt entgegen.

Otto Scheibe.

Sigella-Mop

Bohnerwachs

Möbelpolitur

Mopöl, löse und in

Flaschen, empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Heute!

Blutfrische

grüne Seringe

empfeht

J. Kählig's Nachf.

Inh.: Martha Müller

### Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 6. d. Mts., vorm. 11 Uhr, versteigere ich im Galtshof zum goldenen Ring in Annaburg:

1 **Bücherschrank**, 1 **Schreibtisch** und

1 **Uhrschloß**;

um 14 Uhr in Raundorf (Sammelplatz Galtshof Kräger dahelst):

1 **gutes Arbeitspferd** (Rotschimmel)

und 1 **Saemaschine**

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Gallo, Obergerichtsvollzieher in Brettn.

Junger Kohlstrahl 2 Pfd.-Doze 65 Pf.

Sellerie i. Scheib. tafelfert. 2 Pfd.-Doze 1,20

Spinat, stark eingedickt 2 Pfd.-Doze 65 Pf.

Konjum-Melange 2 Pfd.-Doze 80 Pf.

Leipziger Allerlei 2 Pfd.-Doze 1,—

Schnitt- u. Brechbohnen 2 Pfd.-Doze 48 Pf.

Steinpilze, Morcheln, Champignons

Tomatenpurée 1 Pfd.-Doze 65 Pf.

Flaumen 2 Pfd.-Doze 80 Pf.

Reineclauden 2 Pfd.-Doze 1,10

Schattenmorellen 2 Pfd.-Doze 1,40

Erdbeeren 2 Pfd.-Doze 1,85

Ananas 2 Pfd.-Doze 1,40

Bumperrütel in Scheiben geschnitten ohne Kruteln

Kalf. Flaumen 2 Pfd. von 85 Pf. an

Artikolen Kalfifornische Auslese Pfd. 1,25

Mischobst Kalfiforn. Auslese Pfd. 75 Pf.

Ringäpfel Kalfiforn. Auslese Pfd. 65 Pf.

Schwarze Tees

Feinst. Ceylon-Tee 1/4 Pfd. 1,65

Russischer Tee

in 25 Gramm-Paketten von 30 Pf. an

in 50 Gramm-Paketten von 80 Pf. an

in 100 Gramm-Paketten von 1,60 an

Haushalt- und englische Teemischungen

„Marke Teelanne“

Kafao von Reichhardt, Hauswald u. Savotti

Spezial-Kafao Pfund nur 95 Pf.

Bollmilch-Ruß-Bruch Pfund 1,25

Bollmilch-Ruß-Schokol. Pfd. Tafel 1,25

Weinbrand-Bohnen Karton 1,—

Mastax-Wildung Karton 1,—

Rugat-Schnitten Karton 1,—

Eukalyptus u. Menthol-Bonbons

extra stark 1/4 Pfund 35 Pf.

Echte Hohberger-Süßendob. 1/4 Pfd. 30 Pf.

Cachou 1/4 Pfund 30 Pf.

Kandis Pfund 70 Pf.

J. G. Fritzsche

Polizeiliche An- und Abmeldefcheine

und vorräthig in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

Reste-Tage!

Reste aller Art zu enorm

billigen Preisen empfiehlt

Seb. Schimmeyer.

Auf sämtl. Winterwaren

15-20 Proz. Rabatt!

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt.

Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.



Die Machtprobe.

Selbst die Schere der besten politischen Prophezeien vermag, diesmal beim Reichstag, die Machtprobe des Reichshaushalts des Jahres 1931 bisher noch nicht derart zu entscheiden, daß es dabei zu entscheidenden Auseinandersetzungen kam, aber diese Entscheidungen stehen eben noch aus, man hat im Reichshaushaltsauschuß die politische Wirklichkeit der Teile dieses Haushalts noch gar nicht behandelt. Von durchgehenden ist dabei auch in den Verhandlungen und Ausgängen wirklich ins Gewicht zu bringen, ist die Hauptaufgabe bei den jetzt beginnenden Verhandlungen im Plenum — wenigstens die parlamentarische Hauptaufgabe! Die Opposition aber hält es für wesentlich, zunächst die politische Zielsetzung in den Vordergrund zu schieben: eine wirkliche Sanierung ist nur möglich durch eine politische Entscheidung, die auf das Ergebnis der Septemberwahlen entsprechende Rücksicht nimmt. Obst das nicht mit Brüning und seinem Kabinett, dann eben gegen ihn. Und so werden die kommenden Verhandlungen von dem Verzicht der Opposition begleitet sein, durch Angriffe auf die Regierung jenes politische Ziel der Kursveränderung zu erreichen.

Auch bei den Parteien, auf die sich das Kabinett Brüning einigermassen stützen kann, ist eine volle Einigkeit über die Behandlung des Reichshaushalts bisher ausbleibend noch nicht ganz erreicht. Bekanntlich verlangt die Deutsche Volkspartei nach wie vor noch eine weitere Kürzung der Reichshaushaltsausgaben um mindestens 300 Millionen. Man glaubt dort nicht, daß die vorläufige Haushaltsrechnung der Einnahmen genügend der Wirtschaftskrisis Rechnung tragen, man will also rechtzeitig Vorratsmaßnahmen treffen, daß der ja leider bereits vorhandene, nur durch Kredite „gedeckte“ Fehlbetrag nicht noch größer wird. Diese Ansicht über den zumindest gefährdeten Ausgleich im Reichshaushalt beschränkt sich aber nicht auf die Deutsche Volkspartei — einen wirklichen tieferen und nachhaltigen Ausgleich im Reichshaushalt zu schaffen, ist ja das Ziel Brüning's ebenso politisch wie parlamentarisch. Der Reichshaushalt ist ganz abgelehnt auf die lange Reihe der Notverordnungen; er soll und muß den Haushalt des Reiches wirklich „in Ordnung bringen“. Dr. Brüning hat oft genug betont, daß nur nach dieser Ordnung, nur unter dieser Voraussetzung auch in den nächsten Jahren die Wirtschaft wieder sich erholen und sich neu organisieren eingeleitet werden kann. Ob es dem Reichsanstler nun gelingen wird, einen derartigen Reichshaushalt in und — mit dem Reichstag durchzubringen, ist bisher jedenfalls noch in tiefem Dunkel gehüllt, und man stößt schon nicht mehr, sondern spricht recht offen von der Möglichkeit, daß Dr. Brüning gegebenenfalls durch Notverordnung auch dem neuen Reichshaushalt Gesetzeskraft geben lassen will.

In dem Verhältnis des Reichsanstlers und seines Kabinetts zu den Parteien der Opposition hat sich wesentliches nicht verändert, höchstens, daß sich auf beiden Seiten der Ton in diesem politischen Kampfe so verändert hat. Aber das ist ja schließlich nicht einmal sehr auffallend, weil eben die parlamentarischen Verhandlungen jetzt förmlich eine Entscheidung auch in der „Politik“ herbeiführen werden. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man von einer bevorstehenden Machtprobe zwischen Regierung und Opposition spricht. Vereinbarungen, die schon recht weit gediehen sind, um wenigstens die Durchberatung des Reichshaushalts zu ermöglichen, werden schon bald einen Prüfstein abgeben, schon hier wird sich feststellen lassen, wie die politische Kraft im Parlament verteilt sind. Sicher ist heute eigentlich nur das eine: der Reichstag tritt in einen Tagungsabschnitt ein, in dem es zu scharfen Kämpfen, zur Entscheidung kommen muß.

Die Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages.

Die Verhandlungen der Reichstagsparteien über eine Verschärfung der Geschäftsordnung sind am Dienstagabend in einer neuen Fortschrittsbesprechung unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe zum Abschluß gebracht worden. Alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten werden als Ergebnis dieser Verhandlungen schon am Mittwoch einen Antrag einbringen, der die Bestimmungen der Geschäftsordnung erweitert und den die Antragsteller nicht für verfassungshindernd halten, so daß also nur die einfache Mehrheit für die Annahme notwendig sein würde.

Die Änderungen in der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Antrag zur Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages verlangt zu Paragraph 48 der Geschäftsordnung eine Reihe von Ergänzungen, und zwar:

- 1. 48a: „Finanzvorlagen werden vom Präsidenten des Reichstages dem zuständigen Ausschuss und dem Haushaltsauschuss überwiesen, wenn nicht die Regierung einer abweichenden Haltung zuzustimmen. Finanzvorlagen sind alle Vorlagen der Regierung und alle Entwürfe von Mitgliedern des Reichstages, die in der Hauptsache bestimmt oder in erheblichem Umfang geändert sind, für die Gegenwart oder die Zukunft auf die öffentlichen Finanzen einzuwirken, also namentlich solche, die den Haushalt, Einnahmen oder Ausgaben, das Vermögen, die Schulden oder die Verwaltung der Steuern, Abgaben und Gebühren, sonstigen Leistungen für öffentliche Zwecke sowie die Rechnungen und Berichte über alle diese Gegenstände betreffen. In Zweifelsfällen entscheidet der Präsident des Reichstages nach Anhörung des Vizepräsidenten endgültig, ob es sich um eine Finanzvorlage handelt. Ein Antrag von Mitgliedern des Reichstages, der eine Finanzvorlage darstellt und eine Ausgabenvermehrung oder eine Einnahmeverminderung im Gefolge haben kann, wird nur mit den dazu gehörigen Mitteln des Haushaltsauschusses und nur dann beim Reichstag, wenn er mit einem Auswahlausschuss zu ihrer Beratung verbunden ist. Als Beratung im Sinne dieser Bestimmung gilt eine anderweitige Schlichtung von Einnahmen oder Ausgaben nur dann, wenn die Reichsregierung sie als richtig anerkennt. Antrag und Auswahlausschuss bilden für Beratung und Abstimmung einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag.“
- 2. Im Paragraph 54, der die Vertrauensfrage behandelt, wird der Absatz 2 durch folgenden Text ersetzt: „Ein Antrag, der gestellt wird, ob der Reichsanstler, die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder der Reichsregierung das nach Artikel 54 der Reichsverfassung erforderliche Vertrauen besitzen oder nicht, darf nur in der Fassung eingebracht werden: „Der Reichstag entzieht dem Reichsanstler (der Reichsregierung, dem Reichsminister) das Vertrauen.“

„Anträge auf Grund des Artikels 54 der Reichsverfassung sind nur in der Vollversammlung des Reichstages zulässig.“

- 3. Paragraph 55 enthält folgende Fassung: „Interpellationen an die Reichsregierung sind dem Präsidenten schriftlich einzubringen. Sie müssen knapp und sachlich gefaßt und von 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Sie dürfen nur die Tatsachen enthalten, die zur Kennzeichnung der gemühten Auskunft notwendig sind. Interpellationen, durch deren Inhalt der Selbststand einer strafbaren Handlung begründet wird, oder die parlamentarisch unzulässige Erwähnung oder Verleumdung des Gewerbetreibenden eine Beurteilung enthalten, sind unzulässig. Der Präsident hat Interpellationen, die gegen die vorstehenden Bestimmungen verstoßen, zurückzuweisen. Ueber eine Beschwerde gegen die Entscheidung des Präsidenten entscheidet endgültig der Vizepräsident. Die Unterzeichner gelten als Interpellanten, soweit sie nicht als Unterfahler gekennzeichnet sind.“
- 4. Die gleichen Bestimmungen wie für die Interpellationen sollen auch für kleine Anfragen gelten, die dem übrigen der Untersuchung von nur 15 Mitgliedern bedürfen.
- 5. Den Bestimmungen über die Wortentziehung wird ein Satz angefügt, wonach ein Redner, dem das Wort entzogen wurde, es in der gleichen Sitzung nicht wieder erhalten kann.
- 6. Die Bestimmungen über namentliche Abstimmungen sollen folgendermaßen eingeleitet sein: „Namentliche Abstimmung muß erfolgen, wenn 50 anwesende Mitglieder es nach dem Wunsch des

Gegenstandes der Tagesordnung bis zur Eröffnung der Abstimmung bearbeiten“ (bisher lautete dies: „Namentliche Abstimmung kann bis zur Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden, wenn es 50 anwesende Mitglieder beantragen.“)

Die englisch-französische Vorherrschaft in Genf.

Neuer Vorschlag abgelehnt. Im Reformauschuß des Völkerbundes, der von der Vollversammlung den Auftrag erhalten hatte, Vorschläge für eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen politischen Leitung des Völkerbundessekretariats vorzulegen, ist am Dienstag in längerem geheimen Verhandlungen die vom Völkerbundessekretariat lebhaft unterstützte Forderung Frankreichs, Englands und Polens abgelehnt worden, nach der der polnische Direktor der Spezialabteilung, Nischman, sowie der Direktor der Rechtsabteilung, Buro, zu Untergeneralsekretären ernannt werden sollten. Viel bemerkt wurde, daß hierbei zum ersten Male ein gemeinsamer englisch-französischer Vorschlag seine Mehrheit fand und im Ausschuss abgelehnt wurde. Von deutscher, norwegischer und ungarischer Seite ist dieser Vorschlag scharf bekämpft worden. — Der Versuch, die gegenwärtige englisch-französische Vorherrschaft im Völkerbundessekretariat noch zu verstärken, ist damit endgültig als erledigt anzusehen. In den Verhandlungen ist, wie bereits, von verschiedenen Seiten die Auffassung zum Ausdruck gekommen, daß während der Leitung des Völkerbundessekretariats durch den gegenwärtigen englischen Generalsekretär eine grundlegende Umgestaltung der politischen Leitung nicht möglich sei. Von deutscher Seite ist in den Verhandlungen des Reformauschusses mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Reform und Aenderung der politischen Führung des Völkerbundessekretariats zu einem späteren Zeitpunkt hingewiesen worden.

Die Kürzung der Beamtenegehälter vor dem Hauptauschuß des Landtages.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages beschloß heute am Montagabend mit der Vorlage über die Kürzung der Beamtenegehälter. Nach der Aussprache wurde die Verordnung über die Gehaltskürzung durch Kenntnisnahme erledigt.

Ueber die Zwischenfinanzierung der Reichsbahnvorsorgestatten.

Auch französische Banken beteiligt. Zu den Verhandlungen über die Zwischenfinanzierung für die vom Reich zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verfallenden Reichsbahnvorsorgestatten erlaßten wir zuverläßig, es kommen 130 Millionen Reichsmark in Betracht. Daß sich auch französische Banken an dem Geschäft beteiligen, dürfte jetzt einermassen sicher sein. Auch von Seiten der französischen Regierung werden keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Außerdem werden englische, holländische und eine Schweizer Bank in Europa beteiligt sein. Der amerikanische Anteil dürfte diesmal nicht allzu groß sein, nachdem die Unterbringung der Quote aus dem bekannten Ueberbrückungskredit für das Reich vom Oktober vergangenen Jahres dem von der Signifikanz geführten Konsortium nicht ohne Schwierigkeiten gelang ist. Mit deutschen Banken ist bisher nicht verhandelt worden und es erscheint auch noch nicht sicher, ob sie an dem Geschäft beteiligt sein werden. Der Betrag soll in Raten ab 1. Juli dieses Jahres zurückgezahlt werden, bis voraussichtlich Ende 1932 entsprechend den endgültigen Zahlungen der Reichsanstalt aus den hereinkommenden Beträgen.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Hohenegg und seine beiden Frauen

Roman von Gert Rothberg.

50. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Rothensfelde beabsichtigte, die Jagd edler Pferde einzuführen, bei der ihm Joachim von Hohenegg behilflich sein sollte. Jetzt aber mußten sie damit noch warten. Arbeiter gab es gegen vierhundert auf dem Besitz. Nur ein Drittel davon waren Weiber. Rothensfelde stand sich sehr gut mit ihnen.

„Es hat keinen Zweck, mit der Sekspitzde dahinter zu stehen. Sie werden dann nur ausfällig. Schon mein Aniel stand sich ausgegnet mit ihnen. Ich werde es auch so halten. Viele Pfleger sind allerdings anderer Meinung. Sie haben dafür immer mal Aufstände und Meutereien“ sagte Rothensfelde.

Hohenegg hatte sich den Aufenthalt ganz von der Welt abgedröhnt. Ihn war er erkant, wieviel Abwechslung es gab.

„Natürlich wird es erst recht gemüht, wenn ich meine Erna hier habe“ sagte Rothensfelde. „Aber muß ich noch ein reichliches Jahr warten. Die Eltern wollen sich noch nicht von ihrem Blondkopf trennen, ohne zu bedenken, daß ich hier vor Sehnsucht vergehe.“

„Aber fuhr man meist nach New-Orleans hinein, sah in einem vornehmen Raffeehaule zwischen Palmen und tranf seinen Woca. Später folgte dann Whisky, ein Spiel, bei dem es hohe Einsätze gab und viele andere Zerstreuungen mehr.“

Am Büffett des Raffeehaules stand ein junges Mädchen und als Joachim sie eines Abends näher musterte, fand er, daß sie ihn an Ruth erinnerte. „Ruth? Warum stand sie immer noch vor ihm? Jetzt immer noch, wo er wußte, daß sie einen anderen liebte? Er konnte dem Zufall nicht dankbar genug sein, der ihnen unter diesen Umständen ein Wiedersehen erpart hatte. Wie

furchbar für ihn, wenn er, der sich so nahe am Ziel seines heißesten Wunsches wäandte, durch Ruth längt vergessen. Er hatte in Berlin unauffällig Erkundigungen eingejagen über den Sanitätsarzt.

„Allgemein geachtet und verehrt, streng solid, seit Jahren verwidmet, in sehr guten finanziellen Verhältnissen.“ Dieser Bericht war ihm geworden. Aber wollte es ihr verdanken, wenn sie diesen Antrag annahm. Verdammt hatte ihn allerdings einermassen das Alter des Arztes. Achtundvierzig Jahre!

Er stellte sich Ruths blühende Schönheit vor. Konnte ihr der alternde Mann das sein, was sie traft ihrer Jugend und Schönheit erhoffte? Er schüttelte die quälenden Gedanken vor sich ab, doch ungewollt kamen sie wieder.

Wesphalens würde gewiß die Verlobung gewesen sein. Ruth würde die Prophezeien damit überarst haben. Denn die alten Verheißungen hatten sich nicht das geringste gemüht, als sie bei dem gefälligen Besamensein in Hohenegg mit anwesend waren.

Joachim wurde aus seinen Gedanken gerissen. Rothensfelde trat zu ihm und setzte sich ihm gegenüber in den tiefen Korbsessel.

„Sie sprechen von gemeinsamen Interessen, besprechen hier das fremde Land mit seinen Eigenarten. Schließlich schwebten sie und jeder hing seinen eigenen Gedanken nach.“ Hans Rothensfelde hüllte sich in den blauen Dunst einer Niezenjagare. Aus diesem heraus sagte er plöblig:

„Wissen Sie, Hohenegg, so glücklich wie mich meine Verlobung gemacht hat, so hat die Nadrüdt davon jemandem Segelzeld gebracht. Mein nächster Nachbar ist Nikolaus Saarbürg. Er ist ein Deutscher und schon über zwanzig Jahre hier anwesend. Ich habe schon oft einen immer wieder nach etwas Vertrauen, man sagt sich nach ein paar deutschen Leuten und so bin ich oft drüber bei Saarbürgs gewesen. Als ich ihnen nun neulich Mitteilung von meiner Verlobung machte, merkte ich, daß man sich dort mit bestimmten Hoffnungen getragen hat. Wiff ist ein allerliebtes Ding, aber in mir lebte nun einmal das Bild

meines trostigen Blondkopfes. Ich liebe Erna, seit wir damals zu ihrer Konfirmation geladen waren und sie im schwarzen Kleid mit dem süßen Gesicht und der blonden Hängezöpfe vor mir stand. Viele Jahre sind darüber hingegangen. Wir haben die lustigen, heißen Soldatenjahre verlebt, haben leidenschaftliche Geliebte begangen, der Krieg mit seinen entlohen, bitteren Jahren kam und im Heran trug ich den Blondkopf. So heimlich ist mich bei Saarbürgs immer gefühlt habe, der Gedante einer Heirat mit Wiff ist mir nie gekommen. Nun tut es mir so leid, meinem lebenswürdigen Nachbarn wehgetan zu haben. Aber Liebe läßt sich nun einmal nicht zwingen. Was darüber haben, wer Lust hat. Ich weiß es bestimmt: Das möchte, was einem besetzt sein kann, ist eine reine, große Liebe. Mir wird erl mein neue Heimat hier ganz vertraut werden, wenn ich meinen Blondkopf bei mir habe. Nun bleiben Sie recht lange hier, Hohenegg, damit mir die Partzeit angenehm vergeht.“

Hohenegg nickte gedankenlos zu den Worten des Freundes. Wie konnte er ihm, der mit solcher Sehnsucht auf die endliche Erfüllung seines heißesten Wunsches hoffte, sein verberichtetes Verze ausfüchten? Konnte er ihm sagen, daß er lieber Frauenliebe und Treue nur noch laden wollte?

Rothensfelde sah ihn aufmerksam an. „Sie tragen schwer an etwas, Hohenegg, ich aber große Hnen, werden Sie nicht bitter, es könnte Ihnen später einmal leid tun.“

Joachim erzgriff plöblig die Hände des Freundes. „Ich will mir einmal von der Seele sprechen, was mich so quält, dann werden Sie mich verzeihen.“ Und er entließ dem Freunde alles. Nichts verheimlicht er. Als er ihm auch noch erzählte, um er dann ganz zuletzt seine Einladung angenommen, schwebte er aufwartend und bedekte das Gesicht mit der Hand.

Rothensfelde war sprachlos. So, ohne jedes Wort von der Geliebten zu gehen, nur weil eine beliebige Fremde ihm eine Vermutung mitgeteilt, schien ihm unzufällig.

(Fortsetzung folgt.)

# Landtagsauschuss gegen die Auflösung der R. B. D. Magdeburg.

Annahme des sozialdemokratischen Antirages.

Der Verlehrschaftsausschuss des Preussischen Landtages befaßte sich am Montagabend mit dem Antrag des Abg. Haas-Röhl (Soz.), der das Staatsministerium ersucht, die Reichsregierung vorzulegen zu werden, daß sie die Hauptverpflichtung der Reichsabgabengesellschaft beauftragt, die Magdeburger aufzulösen, rickständig zu machen und den preussischen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsabgabengesellschaft anzuweisen, sich im gleichen Sinne zu betätigen. In einer kurzen Ansprache treten sämtliche Redner für den Antrag ein. Er fand einstimmige Annahme.

## „Do X“ voraussichtlich einen Monat flugunfähig.

Reuher. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Das Palmas ist die Verwundung des Flugschiffes „Do X“ das schwerere als man zuerst angenommen hatte. Es wird eine gründliche Ueberholung des ganze Schiffes notwendig sein. Die Flugleistung ist der Ansicht, daß ein ganzer Monat für die Wiederinbetriebung des Schiffes notwendig sein dürfte.

## Zusammentritt des Provinziallandtags am 17. März.

Der Provinziallandtag für die Provinz Sachsen tritt am 17. März zu seiner ersten diesjährigen Sitzung zusammen.

## Englische Kohle im Magdeburger Gaswerk. Anfrage der nationalsozialistischen Reichsregierung.

Die nationalsozialistische Reichsregierung hat nachstehende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Nach einer in untern Händen befindlichen Statistik sind im Jahre 1929 von deutschen Gaswerken insgesamt 844 264 Tonnen englische Gasohle gekauft worden. Es wird behauptet, daß auch im vorliegenden Jahre mindestens die gleiche Menge englischer Gasohle von deutschen Gaswerken angekauft worden sei. — Einem besonderen Nachweise der verhängnisvollen Folgen dieses unvernünftigen und nicht zu rechtfertigenden Verhaltens einheimischer Unternehmungen bedarf es wohl kaum. Man hat erachtet, daß allein die Kohlenmenge, die an unsere Arbeiter für die Förderung einer derartigen Kohlenmenge zu bezahlen wäre, rund 6 900 000 Mark betragen würde. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Preisunterschied zwischen englischer und deutscher Gasohle 6 Mark je Tonne ausmacht, kommt man zum Ergebnis, daß dem deutschen Kapitalmarkt dadurch 2 Millionen Mark bei diesem fonderbaren Geschäft verloren gehen. Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, daß die 2280 deutschen Bergarbeiter, die zur Förderung der erwähnten Kohlenmenge erforderlich wären, mit ihren Familien mindestens 5 Millionen Mark jährlich aus der Arbeitslosenversicherung und den Wohlfahrtsvereinigungen der Gewerkschaften in Anspruch nehmen müßten. In Verbindung mit dem Ausfall an Steuern und im Hinblick auf die Vermeidung, für die Beschaffung der englischen Kohle erhebliche Mengen an Devisen zu beschaffen und zu veräußern, darf man hoffen, daß das unerwartetste Gebahren deutscher Gaswerke die Finanzwirtschaft der Gemeinden, der Länder und des Reiches auf das empfindlichste in Mitleidenhaft zieht. — An der Spitze dieser Gaswerke stehen der Vornam zu machen ist, markieren die Städte Berlin und Hamburg, die im vergangenen Jahre 1929 rund 900 000 Tonnen deutsche und rund 650 000 Tonnen englische Kohle. Auch die Städte Bremen, Kiel, Stettin, Königsberg i. Pr. und Magdeburg und andere haben, wem auch nicht in dem Maße wie Berlin und Hamburg, so doch immerhin ebenfalls insbesondere mit dem Verbrauch einheimischer Kohle sehr bemerkenswerte Mengen englische Kohlen in ihren Gaswerken verwendet. Wie lassen die Reichsbehörden, ob ihr die sich bildenden Sachlagen bekannt sind und welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigen, um die für den deutschen Kohlenmarkt geradezu verhängnisvollen ausländische Konkurrenz einzudämmen und die deutschen Städte zu zwingen, in ihren Betrieben fortan auch die Interessen der einheimischen Volkswirtschaft, die insbesondere in der gegenwärtigen Zeit unbedingt notwendige Mittel zu nehmen?

# Sohenegg und seine beiden Frauen

Roman von Geri Rothberg.

51. Fortsetzung. **Madras verbot**  
„Aber Sohenegg, hätten Sie mir bloß drüben ein Wort davon gesagt, ich hätte ja nie und nimmer angefaßt, daß Sie so hoch zu bangen waren.“ Wie Sie mit Fraulein Ruth geschildert haben, glaube ich es nun und nimmer, daß Sie es vergessen haben könnte. Ihre Kerzen haben Ihnen einen schlimmen Streich gespielt. Sie müssen unbedingt verziehen, die junge Dame zu sprechen. Ich meine, Sie haben da im leichthinigen Trost Ihr Glück selbst gerettet.“  
Joachim sah ihn an, starr, bewegungslos. Dann löste es sich langsam von seinen Lippen:  
„Eine Schwester sprach mit großer Bestimmtheit von der bevorstehenden Verlobung. Ich konnte nicht an der Wahrheit ihrer Worte zweifeln.“  
Rothensfeld lehnte den Kopf zurück, blies wahre Rauchschwaden von sich.  
„Und wenn, wenn die Schwester braucht ja gar nicht die Wahrheit gesagt zu haben, Ihnen eine Unwahrscheinlichkeit, die hat selbst geglaubt, was doch lange nicht ausschließt, daß sie sich getriert haben kann und mit ihr das ganze andere Personal. Lieber Freund, was spricht, was vermutet die Welt nicht alles. Sie haben es doch lieber zur Genüge an sich selbst erfahren. Ich gebe zu, es ist nicht ausgeschlossen, daß Fraulein Ruth aus Ihren Worten die Hand des um so viel älteren Mannes nicht erlangen. Sie nur auf diese paar Worte einer Ihnen völlig fremden Person hin bangen, das finde ich absurd. Sie müssen sich diese Gewissheit von der jungen Dame selbst holen.“ sagte Rothensfeld unbeteiligt.  
Joachim sah ihn mit großen Augen an.  
„Ich wollte ihr mit und unter diesen Umständen ein Wiedersehen erlauben. Ich hätte es einfach nicht erlangen können, wenn ich in den braunen Sonnenmagen hätte lesen müßten, daß ihr mein plötzliches Auftauchen peinlich sei.“

# Vierzig Jahre unschuldig im Zuchthaus.

Auf Grund eines Indizienbeweises.

Vor 40 Jahren wurde in Drofa (Kreis Kühren) ein Frau ermordet. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen jungen Mann namens Theermann, der der Erde der Frau war. Er befruchtete aber die Tat und lenkte den Verdacht auf seinen Mitgefangenen, den Gastwirt Theermann in Weipzig, der daraufhin verhaftet wurde. Der alte Theermann behauptete ebenfalls keine Unschuld und nannte drei Zeugen, die befragen sollten, daß er zur Zeit der Tat in seiner Wirtschaft gewesen sei. Zwei der Zeugen bestritten, daß sie gar nicht in der Wirtschaft gewesen seien, der dritte jedoch behauptete, Theermann sei in der Tat in seiner Gastwirtschaft gewesen. Er betratete weiter, daß auch die beiden anderen Zeugen sich in der Gastwirtschaft aufhalten hätten. Sie wollten das aber nicht zugeben, da den Angeklagten der Doman der Befehl dieser Gastwirtschaft verboten war. Der Gastwirt wurde daraufhin freigesprochen.

Die Ermittlungen wurden wieder aufgenommen und der junge Theermann wiederum unter Vorladung gestellt. In der Verhandlung wurde Theermann auf Grund eines Indizienbeweises zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Nachdem er über 40 Jahre im Zuchthaus gefesselt hatte, gelang ihm ein Einwohnervon Schmiedeb, den Morb bei Drofa verurteilt zu haben. Theermann wurde sofort aus dem Zuchthaus entlassen. Er ist ein körperlich und geistig gebrochener Mann, der sich mit der Zeit nicht mehr abfinden kann.

## Zaufens Charakter.

Das Urteil eines Sachverständigen.  
Am Zaufens-Prozess teilte der Vorsitzende mit, daß der Goldschmied Zaufens, den dieser bei seinen Verurteilungen in der Münze bei sich gehabt hat, nicht mehr aufzufinden sei. Dann gab der medizinische Sachverständige, Professor Wolfram aus München, eine Schilderung der Veranlassung des Angeklagten. Die Phantasie Zaufens sei hart ausgeprägt, allerdings nicht seine Fähigkeit klar und sachlich zu urteilen. Auffallend sei die Harnärmigkeit, bei der Zaufens an seinen Gedankengängen festhalte. Sein Selbstbewusstsein sei zweifellos gehärtet worden durch die Anerkennung, die ihm von allen Seiten zuteil wurde. Er habe sich nicht so sehr um materielle Erfolge gekümmert; dies sei erst später hinzugekommen. Es liege Sympotie in medizinischen, nicht aber gewöhnlichen Sinne vor. Der Angeklagte habe an seine Erfolge und seinen Ruhm nicht so sehr interessiert gearbeitet. Zusammenfassend kommt der Sachverständige zum Ergebnis, daß Zaufens ein selbstbewußter, sanftmütiger, mit hysterischem Eindrück behafteter Mensch sei, der aber für seine Vergehen strafrechtlich verantwortlich gemacht werden müsse.

## Zaufens will Gold vormachen.

Er will aber nicht.  
Im Prozeß Zaufens kommen jetzt die Sachverständigen zu Wort. Landgerichtsrat Dr. Stamm meint, daß Zaufens nicht geisteskrank ist. Zaufens behänge die Fähigkeit, Anhänger zu gewinnen, er sei ein Hochbegabter mit hysterischem Charakter. Zuvor ist er sich in der Münze als Goldschmied, später als Goldarbeiter er bewußt. Der erste technische Sachverständige, Professor Künzler, kommt zu dem Ergebnis, daß das Gold von Zaufens in verhältnismäßig kurzer Zeit im Arbeitsprozess eingeleitet worden sei. Der Sachverständige für Chemie, Professor Sömmerich, kommt zu dem Ergebnis, daß das Gold von Zaufens in verhältnismäßig kurzer Zeit im Arbeitsprozess eingeleitet worden sei. In Anbetracht an die Erklärungen des Sachverständigen verurteilt Zaufens mit erlöschender Stimme: „Jeder Satz weiß, daß eine Elementarübung besteht, nur die Wissenschaft weiß es nicht.“ Auf die Frage des Vorsitzenden:

„Das einfachste wäre es, Sie würden uns Gold vormachen.“ antwortete Zaufens: „Nein, das mache ich auf keinen Fall.“ Nach der Ablehnung weiterer Verweisanträge der Verteidigung und des Staatsanwalts wurde die Weiterverhandlung vertagt.

## Schluss der Inseratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Rothensfeld sah den Ringen seiner Zigarette nach. Joachim stand auf.  
„Sie durften ja nicht gehen.“ beharrte er.  
„Ihre Worte haben mich furchtbar erregt und aufgewühlt. Wenn alles nur Gerübe gewesen wäre, oder angenommen, der Arzt hätte ihr einen Antrag gemacht und sie hätte ihn nur nicht angenommen, weil sie doch immer noch auf mich wartete? Rothensfeld, das wäre furchtbar, wenn ich mit selber all die bitteren Stunden zu verdanken hätte.“  
„Leicht möglich,“ meinte Rothensfeld trocken. „Schreiben Sie so schnell als möglich an die junge Dame. Es sollte mich riesig freuen, wenn ich recht behalten könnte.“  
Joachim Sohenegg kurzte hinaus. Er mußte jetzt allein sein. Er machte einen kurzen Spaziergang und ging dann in sein Zimmer hinüber. Hier schrieb er an seine einen langen Brief.  
Telle mir umgehend mit, ob Ruth Lenners Verlobung veröffentlicht ist. Das würde mich freuen. Wenn nicht, dann gehe doch zu Oberpostmeister, frage sie, ich muß wissen, denn mir sind Zweifel aufgefallen, ob ich recht daran getan habe, Deutschland zu Hals über Kopf zu verlassen.“  
Er stand nun wieder auf. So, nun hieß es worten, Geduld haben. Es würde ja unendlich lange dauern für seine innere Unruhe, bis seines Brief da sein könnte.  
— Die Arbeiter auf den weiten, ausgebeuteten Feldern begannen wieder. Hunderte von Menschen waren drinnen beschäftigt.  
Die beiden Freunde und Rothensfeldes jüngerer Bruder saßen täglich auf dem Pferdedeich.  
Die beiden Rothensfeldes waren heute zur Beerdigung eines Nachbarn, mit dem der Onkel befreundet gewesen, weggefahren. Sohenegg sitzt allein auf die Felder hinaus. Das Wort an seines Brief hatte ihn schon ganz nervös gemacht. So war es ihm eine Wohltat, sich irgendwie beschäftigen zu können.  
Er beobachtete die Arbeiter. Die Schwarzen konnte man nur schwer voneinander unterscheiden. Diese dunklen

# Mißglückter Raketenflug.

Bei der Explosion drei Personen verletzt.

Wie der amerikanische Pilot Dr. Darwin D. Lyon aus Mailand mitteilt, ist die von ihm konstruierte Rakete, mit der er durch besondere Registrierinstrumente die Stratosphäre erforschen wollte, bei Verjahren erplobert. Bei der Explosion wurden drei Personen verletzt, darunter eine Schüler.

Die Rakete war einem Gefloß ähnlich gebaut, beinahe drei Meter lang und wog mit kompletter Apparatur 56 Kilogramm. Ihr Rumpf bestand aus Stahl und Aluminium, die Spitze, an der die Registrierapparate angebracht waren, aus Verblum. Wenn die Rakete den höchsten Punkt erreicht hätte, sollte sich eine Falltür in vertikaler Richtung auslösen, die die im Innern der Rakete gelagerte Zünder mit den atomatischen Registrierapparaten aus dem Raketenrumpf herausheben und zur Erde hinabgleiten lassen sollte.

## Bei Verlesung des Todesurteils gestorben.

37 türkische Auffindische zum Tode verurteilt.

Der Oberste Gericht, der Führer des türkischen Aufstandes von Menemen, ist plötzlich in dem Augenblick gestorben, als ihm das Todesurteil des Kriegsgerichts vorgelesen wurde. In dem Prozeß wurden 37 Angeklagte zum Tode verurteilt. Vier von den Verurteilten, die nach dem türkischen Gesetz wegen zu hohen Alters nicht mehr hingerichtet werden können, wurden zu je 24 Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Der englische „Fall Lehner“.

Ein Todesurteil.

wies es seit 145 Jahren nicht gefällt wurde.

In dem Londoner Senationsprozeß gegen den Verführer Scherfänger und Mörder Rouse, der beschuldigt wird, im November auf der Sandbank nach Northampton einen Unbekannten in seinem Kraftwagen ermordet und ihn dann verbrannt zu haben, wurde dieser von den Geschworenen des Wortes für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Das Urteil erregt in der englischen Öffentlichkeit großes Aufsehen. Niemand glaubte an eine Verurteilung der Angeklagten, weil es nach der feisichen Darlegung des Falles, die der Richter den Geschworenen nach dem Urteilschein hatte, als ob der Beweis für die Anklage nicht erbracht sei. Die Geschworenen kamen jedoch nach einer langen Beratung einstimmig zu dem Ergebnis, daß Rouse schuldig sei, worauf die Todesstrafe verhängt wurde. Der Verurteilte nahm den Spruch ruhig an und verweigerte, daß er unschuldig sei. Es ist das erste Mal seit 145 Jahren in England, daß ein Verurteilter wegen Ermordung eines Unbekannten verurteilt wurde.

## Nah und Fern

Der Gind gestorben. Das Opfer seines Glüdes wurde ein Stammgast der Kaffeebar Trabrennbahn bei Hamburg. Er erlag nach Schluß des letzten Nennens im Restaurant einem Schlaganfall, nachdem er im Schlaftrunk durch eine 100-Mark-Sieg-Wette die Senationszonen von 288 zu 10, also fast 3000 Mark, gewonnen hatte. Die frohe Überraschung hatte den Weiter derartig erregt, daß er tot vom Tisch fiel.

„Kommt das „Ewige Jandholz“? Der Erfinder des „Ewigen Jandholzes“ ist aus Wien in Berlin eingetroffen, um dort Verhandlungen mit einem internationalen Konfederation zu führen. Bei der Erfindung handelt es sich bekanntlich um die mechanische Herstellung von Zigaretten einer chemischen Mischung, die sich an einer Weisfläche entzündet löst, nach kurzer Zeit aber infolge der beim Brennen sich entwickelnden Gase von selbst erlischt, so daß sie immer wieder angezündet werden kann.

Gefächter mit den wulstigen Lippen und den rollenden Augen waren sich alle so verwirrt ähnlich. Mitten unter dieser dunklen Masse arbeiteten ein paar Weisje.  
Nüchlich wurde Soheneggs Aufmerksamkeit auf einen Mann gelenkt, der den breiten Hut ganz in die Seiten hineingehoben hatte und der jedesmal nach einer anderen Seite auswich, wenn Sohenegg näher kam. Joachim dachte:  
„Sai der Mann ein schlechtes Gemisßen?“ Und er tritt ganz nahe an ihn heran.  
Da hob der Mann das Gesicht und Sohenegg ging der Blick durch und durch, den Jener ihm zuzwar. War dem so etwas möglich? Er mußte sich irren, das andere wäre ja nicht zum Fassen. Nüch sprang er vom Pferde, trat an den Mann heran, erkannte ihn.  
„Salmer, um Gotteswillen, ist denn so etwas möglich?“ fragte er erschüttert.  
Dieses Schamgefühl malte sich in dem erblästen Gesicht des anderen.  
„Kommen Sie, wir wollen absteigen gehen, wollen Sie mir nicht erklären, wie Sie in diese Gasse kommen?“  
Sie gingen ein Stück zur Seite und Salmer gab in kurzen Worten Auskunft.  
Joachim sah mitleidig in das Gesicht des jungen Mannes.  
„Aber hier können Sie unmöglich bleiben, lassen Sie mich Ihnen helfen, es ist meine Pflicht.“ sagte er.  
Harry Halmer streckte abwendend die Hand aus.  
„Nein, Herr von Sohenegg, seien Sie mir nicht böse bewegen, doch ich nehme keine Hilfe von Ihnen an. Ich will durch meine Hände Arbeit, durch ständige Arbeit zu etwas kommen. Darin habe ich meinen Stolz gesetzt. Ob es mir nicht ist, es ist auch gut. Ich bitte Sie nur um eins, vergessen Sie, daß Sie mich hier in dieser erniedrigenden Situation getroffen haben und schmeigen Sie darüber gegen jedermann, wenn Sie wieder nach Deutschland kommen. Darum, um diesen Dienst bitte ich Sie, um weiter nichts.“

(Fortsetzung folgt.)

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich beigefügt.

Beschlüssen nehmen alle Bestandskunden und die Beisitzer, die Stellungsboten und die Geschäftsführer der Tagesblätter. 3. entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung um, erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bezgl. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprechkreis Nr. 224.

Antiliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldschilling, für außerhalb Wohnort 7 Goldschilling, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldschilling, im Reklameteil 30 Goldschilling, einleit. Umhänge, Scherenspiegel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 5 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle

Nr. 15.

Donnerstag, den 5. Februar 1931.

34. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

(16. Sitzung.) OB. Berlin, 3. Februar.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird ein nationalsozialistischer Antrag, den Reichsminister für eine genaue Aufstellung über die Verwendung der Mittel für Reichsarbeit und Republikflucht zu erlösen, gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Reichsbauhaushaltsrechnung für 1929 wird genehmigt.

Es folgt dann die Beratung eines Gesetzentwurfes über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler. Gegenüber dem früheren Entwurf, der von dem bauschaftlichen Abgeordneten Sager-Galle gegen den Gesetzentwurf erhoben wird, weil dieser mit einem Hebertrieb

Zusende von Offizieren vernichtet würde, verweist der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald darauf, daß die Einschränkung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung einer Forderung entspricht, die der Reichstag in dem Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ausgesprochen habe. Entschädigungen würden teils durch Verabfindung, teils durch die Erlaubnis abgetreten werden, das Gewerbe nach einer bestimmte Zeit fortzuführen. Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Dann finden Abstimmungen über die Einträge der nationalsozialistischen Abgeordneten Kasse und Dr. Göbbels gegen die Wortsitzungen hat, die der Präsident ihnen gegenüber in der vorletzten Sitzung ausgesprochen hatte. Beide Einträge werden in der Sitzung durch eine Mehrheit der Mitte und der Rechten abgelehnt.

## Staatsmacht und Arbeitslöhne.

Der Reichsarbeitsminister zum Lohnbau.

Im Reichstag ging es schon etwas temperamentsvoller zu als am Vortage. Zwar nicht die Welle, wohl aber die Stimmungen platteten aufeinander. Wo und zu mußte der Reichspräsident eingeschaltet werden, und allmählich begannen auch die Dringungsriefe vom Sitz des Präsidenten herüberzurollen. Schließlich sind ja auch Lohnbau und Arbeitslöhne, die Beziehungen zwischen Staat und Arbeit, die eine Reihe von Fragen, die nur den einen Aspekt haben, daß man sie von keiner Seite der mehr in ein einzelnes Licht stellen kann. Denn man hat alles schon so oft abgelehnt, was jetzt von der Rechten des Reichstages noch ein paarmal wiederholt wurde. Die bekannte dritte Vorordnung hat im Arbeitskampf der Arbeitgeber ein grundsätzlich neues Schlichtungsverfahren eingeführt, und diese Vorordnung, die man bei Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen sah, gab für die Arbeiter den gesetzlichen Schutz ab.

Erst lösten die Kommunisten und die Sozialdemokraten miteinander, dann vereinigen sich die Rechten und die linke Sozialpartei zu schweren förmlichen Streit, zu heftigen Auseinandersetzungen bei der Rede des Reichsarbeitsministers. Bemerkenswert war an dieser Rede die Erklärung, daß, um der Wirtschaft zu helfen, man an der Lohnherabsetzung nichts ändern könne. In der Sitzung wurde die Vorordnung über die Lohnherabsetzung nicht abgelehnt, sondern unmissverständlich eine ganze Anzahl Dinge des täglichen Lebens.

Nach der Rede des Ministers gingen die Wogen der Diskussion beträchtlich höher, denn nun kam die Opposition zum Wort. Was jetzt diese Wogen insolge der nun einsetzenden Winterperiode kräftige Schattenspiele, die das Geranthen von Stürmen in den nun kommenden Sitzungen anzeigen.

## Sitzungsbericht.

(16. Sitzung.) OB. Berlin, 4. Februar.

In der Sitzung wurden zunächst kommunizistische Anträge auf Aufhebung der Schlichtungsgesetzgebung, des Reichspräsidenten und sozialdemokratische und kommunizistische Interpellationen über die Lohnherabsetzung und die Reichsregierung beraten. Bei der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Kasse

kommt es zu Zusammenstößen mit kommunizistischen und nationalsozialistischen Fraktionen, weil der Redner eine Fortführung der bisherigen Außenpolitik der Reichsregierung verlangt. Sehr scharf erklärt sich der Redner

gegen den wilden Streit, der anknüpft des Lohnbau im Wintererfolgt sei.

Am entgegenen darauf in längeren Ausführungen der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Angeht die Reichsregierung kommen man

um einen allgemeinen Lohnbau nicht heran.

Allerdings dürfte man auch nicht glauben, daß alle Entscheidungen für die Wirtschaft nur von dieser Seite her zu erwarten seien. Auf nationalsozialistische Jurist „Young-Plan“ entgegnete der Minister, die Debatte darüber sei

schon so abgelehnt, daß man nicht immer wieder darauf zurückkommen. Denn

der Krieg habe in unserer Wirtschaft so große Werte vernichtet, daß sie auch ohne den Young-Plan eine schwere Krise durchzumachen hätte. Es sei ganz unmöglich, in den verschiedenen Industrien und Berufsgruppen durch die Staatsmacht die Löhne auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Denn bei der großen Arbeitslosigkeit zerlasse man dadurch politisch und sozial mehr, als man wirtschaftlich aufheben könne. Daher werde die Staatsmacht in den Lohnkämpfen nur ausgleichend wirken.

Eine Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne würde nur zu Entlassungen führen und die Lage der Arbeiterklasse insofern nur noch verschlechtern. Zum Schluß bietet der Minister die Anträge wegen der Aufhebung der Schlichtungsgesetzgebung an den zuständigen Ausschuss zu überweisen.

Nach weiteren persönlichen Auseinandersetzungen, die wieder zu großem Lärm im Saale

führen und ein energisches Eingreifen des Präsidenten veranlassen, wurde die Vorordnung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Ein Bericht über die Verbilligung von Freischiff für die minderbemittelte Bevölkerung wird nach heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialpartei und Mitte vorläufig zurückgestellt.

Hg. Abenda (D.N.) bespricht es als einen unerträglichen Zustand, daß die Reichsregierung immer nur mit Rohstoffen arbeiten wolle; das dürfe ganz besonders nicht bei den Lohnkämpfen geschehen.

Hg. Ehrig (Nationalist.) warnte sich gegen das System der Lohnkämpfe im Wesen, die jetzt meist zumunehmen der Arbeitnehmer anfallen. Durch solche Zuzüge von kommunistischer Seite gereizt, werden er sich zu setzen und macht für die höhere Vorwürfe über das Verhalten ihrer Anhänger bei dem wilden Vergewaltigung.

## Erweiterung der Hilfe?

Nach dem Beginn der Entschädigungssatzung. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beriet den Ernährungshaushalt weiter. Der deutsch-nationale Antrag von 50 Millionen Mark für Entschädigung sozialistischer Arbeiter bis zur Beratung des Bundesrat, nach dem Reichsarbeitsminister Landvolkreiter dieses als zwecklos

In der Geschäftsordnungsdebatte ein (Landvolkpartei), die vorliegenden im Kriegsjahren zu beschneiden.

Er wies darauf hin, daß begründet bestünde, daß insoweit durch Maßregel eine viel weitergehende Hilfe für den

## Einigung über volkswirtschaftliche Forderungen

Weitere Sitzungen des Haushalts

Wie in parlamentarischen Kreisen vor mittagsunterredung zwischen dem Reichsminister der Wirtschaft und dem Reichspräsidenten, die volkswirtschaftlichen Forderungen zum Teil erfüllt werden. Danach soll das darauf hinauslaufen, daß dem Reichspräsidenten Ermächtigungsurkunde für die Reichsregierung wurde hierauf berechtigt, gemeinsam mit dem Reichspräsidenten weitere Maßnahmen, wenn die tatsächlichen Umständen des Haushalts zurechtstellen. Die Volkswirtschaft besitzliche sich nach der Volkswirtschaft.

## Technik, Krieg und

(200. Sitzung.) u. B.

Der Preussische Landtag beriet in der Sitzung die Haushalte der

Fiskus- und Gewerbeverwaltung und der Porzellanmanufaktur.

Der Ausschuss hat hierzu Anträge angenommen, die u. a. einer Gesetzentwurf fordern, wonach die Gemeinden sich künftig von jeder Konkurrenz mit dem freien Handel und Gewerbe, insbesondere von den reinen Versorgungsbetrieben, fernzuhalten haben. Auf die Reichsregierung soll dahin gewirkt werden, daß

die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter verboten wird. Ferner setzt sich der Ausschuss für das Zugewerbe und ein

Verbot der Schwarzarbeit ein. Bei der Reichsregierung soll auf Einführung der Vierjahreswoche und auf ein Verbot nicht zugehöriger nomadischer Überfluten hingewirkt werden. Im Interesse der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise in ihrer Fortführung gemachten Tugend sollen Maßnahmen getroffen werden:

Obstige Einföhrung der Berufs- und Volkserziehung der Jugendlichen

in diese, Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Ausbildung von Jugendlichen in ihrem Berufe über die Schulpflicht hinaus, insbesondere zur Beschaffung oder Entschädigung für Überlassung von Werkzeugen und Materialien, deren zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt wird, Bereitstellung von Mitteln für Vorträge, Studienführungen, durch die es ermöglicht werden soll, die Jugendlichen während der Dauer der Erwerbslosigkeit von der Strafe fernzuhalten und ihre Fortbildung auf beruflich, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu gewährleisten. Über die Ausschussverhandlungen zum Haushalt der Porzellanmanufaktur erzählt man, daß der Porzellanexport nach Amerika abgenommen hat.

Handelsminister Dr. Schröber

führt in seiner Rede u. a. an: Der Haushalt der Handelsverwaltung ist den Notwendigkeiten entsprechend diesmal mit ganz besonderer Sparlichkeit angelegt worden. In den Ursachen der Wirtschaftskrise gehört vor allem die Einstellung der Witter hochraub des Krieges und nach der Kriegszeit. Viele Wälder haben sich im Krieges Indurien aufgebaut für Mittel, die sie vorher von anderen Ländern, vor allem von Preußen, bezogen hatten. Verfügt wird diese Krise durch die auch wirtschaftlich verhängnisvolle Übersetzung nach dem Krieg. In den Ursachen der Wirtschaftskrise gehört aber auch die unabweisbar schnell sich entwickelnde Zerstörung der Wirtschaft, die die Produktion viel schneller vergrößert, als sich die Absatzmöglichkeiten steigern läßt.

## Preußens Hilfe für den Oden.

(201. Sitzung.) u. Berlin, 4. Februar.

Der Preussische Landtag beriet am Mittwoch die gemeinsame Beratung der Haushalte der Fiskus- und Gewerbeverwaltung und der Porzellanmanufaktur für

Hg. Baum (D.N.) hielt es für bemerkenswert, daß auch diejenigen Staatsmänner heute den Young-Plan für unüberwindlich hielten, die das Sozialrecht lebendiglich bekämpft hätten. Handel, Gewerbe und Industrie hätten ein hervorragendes Interesse an der Stärkung des Binnenmarktes und verlangen deshalb die Sammlung der Volkswirtschaft durch Annahme des vorgelegenen Entschädigungsplanes.

Hg. Meiser (D.N.) legte sich für eine engere Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein. Er forderte Zugewinnmehrer und Befreiung des Zugewinners von der Einkommensteuer.

Zudem (Stimm.) behauptete, der deutsche Hungerausfuhr

ting eine deutsch-volksparteilichen Großen

ten in den östlichen Grenzgebieten

Plant aus, daß im Reichstag unter dem

zehn Millionen Mark zu Vorarbeiten für

vorsehen sein. Die Staatsregierung werde

den für beschleunigte Sanierung der

Waldbrand entgegen.

reich (D. Sp.) wünschte intensiverer För-

stein in abnehmenden und kritische die

Banken, die vor allem in der Wirtschaft zum

verpflichtet ist, weil dem Mittelstand er-

greiten bereit würden, während gerade

für Großunternehmen starke Verluste

wurde dann unterbrochen zur Vornahme

in den Haushalten der Landwirtschafts-

und Gewerbeverwaltung.

wurde ein Antrag der Deutschen Fraktion, Schulpflichtungen und Waldgenossenschaften

erhöht. Weiter land das Ausschussprogramm

maßnahmen für die Obgebiete fordert sowie

der Kaufleute, Ausbau des Schines für

Produkte usw. — Beim Domänenhaushalt

angenommen, die in Maßfällen eine Ein-

schneidung der Steuern er-

bei der Zieldarbeit verbleibenden

Schiff zu Bauernbinnen umwandelt werden

und Eisenbahnstämme für den Bau

Landarbeiterwohnungen sollen ausreichende

ungung gestellt werden.

Die beschleunigten allgemeinen Aussprüche zur zweiten

Berating des Haushaltsausbautes warnte

Hg. Heidenreich (D. Sp.) vor übertriebenen Hoffnungen

auf eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf

40 Stunden in der Woche.

## Preussischer Staatsrat.

Finanzausgleichsgesetz verlängert.

Der Preussische Staatsrat beschloß sich mit dem Gesetzentwurf zur Verlängerung und Änderung des preussischen

Ausgleichsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz.

Da in der Vorberordnung des Reichspräsidenten vom Dezember 1929

Genehmigung für den endgültigen Finanzausgleich

ausgesprochen ist, die vom 1. April 1932 ab eine gänzliche Um-

gestaltung in höhere Ansicht stellen, so kommt für das

Rechnungsjahr 1931 eine grundsätzliche Änderung des

preussischen Ausgleichsgesetzes zum Finanzausgleich

nicht in Frage. Eine Änderung gegenüber den bisherigen

Bestimmungen ist nur insoweit vorgesehn, als die Möglichkeit

gegeben wird, die Rechtsansätze solcher Gemeinden zu